

Bündnis Nazifrei! - Dresden stellt sich quer

E-Mail: presse@dresden-nazifrei.com

URL: www.dresden-nazifrei.com

Telefon: 0177 5199 826



Pressemitteilung

Dresden den 25. Juli 2011: Das Bündnis "Nazifrei! - Dresden stellt sich quer" erwartet nach dem Bekanntwerden der neuen Zahl der durch die Funkzellenabfrage Betroffenen die Einberufung einer unabhängigen Untersuchungskommission.

Als Antwort auf eine kleine Anfrage des sächsischen Abgeordneten Henning Homann (SPD) hat das sächsische Justizministerium am Wochenende eingeräumt, dass durch die sächsischen Ermittlungsbehörden Bestandsdaten von über 40.700 Betroffenen erhoben wurden. Dabei wurden Name, Geburtsdatum und Adressen vom Provider weitergeleitet. Nachdem noch am Donnerstag von lediglich etwas mehr als 400 Personen die Rede war, hat sich damit die Zahl der direkt Betroffenen ver Hundertfacht.

Franziska Radtke, Bündnissprecherin von "Dresden Nazifrei" erklärte dazu: "Nachdem mittlerweile mehrfach klar wurde, dass es nicht im Interesse der Verantwortlichen liegt diesen Skandal umfassend aufzuklären, erachten wir den Einsatz einer unabhängigen Untersuchungskommission für zwingend notwendig. So haben die Minister Ulbig (Inneres) und Martens (Justiz) offensichtlich keine Kontrolle über ihr Ressort, die Ermittlungsbehörden scheinen die Minister vorzuführen."

Beide Ministerien (CDU und FDP) weigern sich nach wie vor personelle Konsequenzen zu ziehen. Der Sächsische Landtag ist jetzt in der Pflicht, endlich seine verfassungsgemäße Pflicht zur Kontrolle der Regierung wahrzunehmen.

Für einen weiteren Eklat im Handygate-Skandal sorgt die sächsische Staatsanwaltschaft, welche vehement Auskünfte über die verwendeten Daten aus ermittlungstechnischen Gründen verweigert. Angesichts der hohen Zahl gefilterter Personen kann nun nicht mehr davon ausgegangen werden, dass sich die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft auf die Zahl der potentiell schweren Straftaten konzentrieren.

"Wir müssen davon ausgehen, dass Bewegungen und Strukturen einer Protestkultur in Sachsen massiv ausspioniert werden, um mit repressiven Mitteln gegen diese vorzugehen", so Franziska Radtke weiter.

Das Bündnis "Dresden Nazifrei" weist darauf hin, dass alle Personen eine Anfrage an die zuständige Staatsanwaltschaft und die Polizeidirektion Dresden stellen sollten, um sich über die Verwendung ihrer Daten zu informieren.

Pressekontakt:

Mobil: 0177 5199 826; 01525 1510 141

presse@dresden-nazifrei.com